

LITAUEN

Gewerkschaftsmonitor

April 2025

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE ENTWICKLUNGEN UND FAKTEN

POLITISCHE LAGE

Im Oktober 2024 wurde in Litauen ein neues Parlament gewählt. Der klare Gewinner der Wahl war die *Lietuvos socialdemokratų partija* (dt.: Sozialdemokratische Partei Litauens, LSDP), die in der ersten Runde und in den Stichwahlen 19,36 Prozent der Stimmen erhielt und 52 von insgesamt 141 Mandaten gewann. Die LSDP lag damit deutlich vor der *Tėvynės sąjunga – Lietuvos krikščionys demokratai* (dt.: Vaterlandsbund – Christdemokraten Litauens, TS-LKD), die bislang den Regierungschef gestellt hatte, nun aber nur noch 28 Sitze erreichte. Die bisherigen Koalitionspartner der Regierung, die *Liberalų sąjūdis* (dt.: Liberale Bewegung, LS), konnten ihre 12 Sitze im Parlament halten.

Die Sozialdemokraten bildeten eine Regierungskoalition aus drei Parteien: der LSDP, der Mitte-links-Partei *Demokratų sąjunga »Vardan Lietuvos«* (dt.: Demokratische Union »Im Namen Litauens«, DSVL, 14 Sitze) und der rechtspopulistischen *Nemuno aušra* (dt.: Morgenröte von Nemunas, NA, 20 Sitze). Die regierende Koalition verfügt über 86 von 141 Parlamentssitzen und hat damit eine klare Mehrheit. Zum Ministerpräsidenten wurde einer der führenden Politiker der Sozialdemokraten, Gintautas Paluckas, ernannt.

Die neu gegründete Partei *Nemuno aušra* erreichte mit ihrem umstrittenen, rechtspopulistischen Spitzenkandidaten Remigijus Žemaitaitis überraschend den dritten Platz. Gegen Žemaitaitis läuft ein Gerichtsprozess wegen antisemitischer Äußerungen. Dennoch luden die LSDP und die DSVL diese drittstärkste Kraft in die Regierungskoalition ein, was dem internationalen Ansehen der Regierung erheblichen Schaden zufügte.

Schon bei den Kommunalwahlen im März 2023 haben die Sozialdemokraten große Erfolge erzielt. Die LSDP stellt derzeit 17 von 60 Bürgermeister_innen. Die großen Städte werden jedoch von parteiunabhängigen politischen Ausschüs-

sen dominiert (mit der einzigen Ausnahme der Hauptstadt Vilnius). Die Kommunen sind seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine im Februar 2022 mit den Auswirkungen einer Flüchtlingskrise konfrontiert, bei der bis jetzt ca. 70 000 bis 90 000 ukrainische Flüchtlinge nach Litauen umsiedelten (Stand: Dezember 2024). Gleichzeitig begann 2021 eine weitere Flüchtlingskrise mit Migrant*innen aus dem Irak, Syrien und Afghanistan. Litauen wurde von Amnesty International vorgeworfen, in Bezug auf seine Haltung gegenüber diesen Flüchtlingen im Gegensatz zu den Flüchtlingen aus der Ukraine mit zweierlei Maß zu messen. Angesichts der zunehmenden Bedrohung durch den andauernden russischen Krieg gegen die Ukraine und der exponierten geografischen Lage erhöhte Litauen seine Verteidigungsausgaben bereits erheblich auf 3,93 Prozent des BIP (2024). Die neu gebildete Regierung unter der Führung der sozialdemokratischen Partei einigte sich Anfang 2025 darauf, 5,5 Prozent des BIP für Verteidigung und Sicherheit auszugeben.

SOZIALE UND WIRTSCHAFTLICHE BEDINGUNGEN

Litauen verzeichnet weiterhin eine chronisch hohe »normale« Arbeitslosigkeit (9 % im Dezember 2024, laut Arbeitsamt). In vielerlei Hinsicht ist die Arbeitslosigkeit nach wie vor in den Provinzen und außerhalb der Großstädte zu finden, wobei bestimmte strukturelle und soziale Phänomene die Menschen daran hindern, eine Beschäftigung zu finden. Schlechte Kommunikation, Mangel an regelmäßigen öffentlichen Verkehrsmitteln und die Verbreitung von informeller und saisonaler Arbeit in der Landwirtschaft in wirtschaftlich weniger entwickelten Regionen konzentrieren die Arbeitslosigkeit in den ländlichen Gebieten. Die Arbeitslosenquote in der Region Ignalina (12,4 % im Jahr 2024) ist im landesweiten Vergleich am höchsten, in den ländlichen Regionen Birštonas und Utena liegt sie bei 7 Prozent (2024). Der EU-Durchschnitt liegt bei 5,9 Prozent (Dezember 2024).

Auch Litauen ist eine alternde Gesellschaft. Mittelfristig wird es eine Welle von Verrentungen geben, was sich insbesondere auf

den öffentlichen Sektor auswirken wird, da es im Bildungs-, Medizin- und Pflegesektor bereits jetzt an qualifizierten Mitarbeiter_innen mangelt. Anfang 2025 erhöhte die Regierung den Mindestlohn von 924 € auf 1 035 € pro Monat und legte den Mindeststundenlohn auf 6,35 € fest. Im Dezember 2024 lag die jährliche Inflationsrate in Lettland bei 3,3 Prozent, was einen deutlichen Rückgang gegenüber den im Dezember 2022 verzeichneten 20 Prozent darstellt. Im dritten Quartal 2024 erreichte der durchschnittliche Bruttomonatslohn in Litauen 2 108,88 €, was einem Anstieg von 10,84 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 2024 entspricht. Spezifische Daten zur durchschnittlichen Altersrente für Dezember 2024 sind nicht verfügbar. Der deutliche Rückgang der Inflation deutet jedoch auf eine potenzielle Verbesserung der Kaufkraft von Löhnen und Renten in diesem Zeitraum hin.

STREIKS UND ARBEITSUNRUHEN

Der erste Streik im Privatsektor, der von den litauischen Gerichten als legal eingestuft wurde, war der im Unternehmen der Stickstoffdünger- und Chemiefabrik Achema mit Sitz in Jonava. Ende 2021 leitete die Gewerkschaft das Verfahren für eine formelle Forderung nach einem Tarifvertrag ein. Die Geschäftsführung von Achema lehnte dies ab, und die Gewerkschaft begann das Verfahren für einen Streik. Die Beschäftigten streikten schließlich am 7. Februar 2022, wobei bis zu 500 Gewerkschaftsmitglieder an dem Streik teilnahmen. Die Streikenden erhielten Unterstützung und Solidarität von der gesamten Gewerkschaftsbewegung, dem Präsidenten, den Sozialdemokraten und einzelnen Mitgliedern anderer Parteien im Seimas. Das Achema-Management weigerte sich jedoch, Verhandlungen aufzunehmen. Der Streik wurde durch den Beginn der russischen Aggression gegen die Ukraine (24. Februar 2022) und die Ausrufung eines Ausnahmezustandes ausgesetzt. Wegen der hohen Kosten für Erdgas als dem Hauptrohstoff für eine Düngemittelfabrik musste das Unternehmen seine Produktion einstellen.

Während der Streik bei Achema als gescheitert betrachtet wurde, war der Streik bei Vilnius Public Transport (Vilnius Viešasis Transportas, VVT), einem kommunalen Verkehrsunternehmen, im Dezember 2022 ein Erfolg. Die VVT-Gewerkschaft begann im Spätsommer 2021, auf einen Tarifvertrag zu drängen, die Geschäftsführung des Unternehmens weigerte sich jedoch, einen Tarifvertrag zu unterzeichnen. Im Oktober 2021 begann das formelle Gerichtsverfahren. Nach einem langwierigen Rechtsstreit mit der Stadtverwaltung von Vilnius (die von einer liberalen/libertären Freiheitspartei geführt wird) über das Streikrecht begann die Gewerkschaft, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, indem sie Proteste gegen die Stadtverwaltung organisierte. Als das Gericht schließlich im Oktober 2022 die Klage der Stadtverwaltung von Vilnius gegen den Streik abwies, streikten die VVT-Beschäftigten im Dezember 2022. Der Streik dauerte drei Wochen und war überaus erfolgreich. Die Bürger von Vilnius zeigten sich den Streikenden gegenüber allgemein wohlwollend und unterstützten sie. Am 22. Dezember 2022 unterzeichnete die Stadtverwaltung einen Tarifvertrag, der am 1. Januar 2023 in Kraft trat. Das Hauptproblem des Streiks war die Regelung der Löhne und Arbeitsbedingungen im Rahmen des Tarifvertrags. Die Stadtverwaltung versuchte,

die Löhne ohne Tarifvertrag zu erhöhen, die Streikenden blieben jedoch hartnäckig und setzten sich durch.

Die Bedeutung des VVT-Streiks reichte über den Abschluss eines Tarifvertrags hinaus. Der Streik wurde zu einem der Hauptthemen sowohl bei den Kommunalwahlen 2023 als auch im nationalen politischen Diskurs. Erfolgreiche Streiks und allgemeine Solidarität mit den Streikenden sind im litauischen öffentlichen Diskurs keine Selbstverständlichkeit und werden in der Regel nur Arbeitnehmerkategorien mit einem gewissen sozialen Prestige (Lehrer, Ärzte) zugestanden, deren Interessen in der Regel eher durch politische Proteste zum Ausdruck gebracht werden. Im September 2023 begannen einige litauische Lehrer einen einmonatigen Streik. Die teilnehmenden Lehrer forderten höhere Gehälter, eine geringere Arbeitsbelastung und einen Aktionsplan zur Verbesserung des Status und des Ansehens des Lehrerberufs im Allgemeinen. Bis zu 1 000 Menschen versammelten sich im Mai 2024 zu einer von den Gewerkschaften organisierten Kundgebung und einem Marsch anlässlich des Internationalen Tags der Arbeit und forderten weniger Streikbeschränkungen.

AUSBEUTUNG VON WANDERARBEITERN

Litauen war und ist ein bedeutendes Zentrum für den internationalen Straßentransport. Die Ausbeutung der Lkw-Fahrer ist weitverbreitet. Ihre Arbeitsbedingungen sind schlecht und die Bezahlung niedrig.

Im Jahr 2021 führte eine Gruppe von Journalisten des lokalen Internetfernsehsenders Laisvės TV eine investigative Berichterstattung über die Ausbeutung von Wanderarbeitern in litauischen Straßentransportfirmen durch, die als »Lkw-Sklaven« bezeichnet werden. Bis zu 80 Prozent der Beschäftigten dieser litauischen Unternehmen sind ausländische Arbeitnehmer, die hauptsächlich aus der Ukraine, Weißrussland, Russland und Kasachstan stammen. Die investigative Berichterstattung konzentrierte sich auf Lohndiebstahl, illegale Geldstrafen des Unternehmens gegen Arbeitnehmer_innen und die Nichtzahlung von Steuern, sowohl durch die Auszahlung von Löhnen in bar als auch durch die Umgehung von Lohnsteuern. Da die überwiegende Mehrheit ihrer Beschäftigten die litauische Sprache und das litauische Rechtssystem nicht verstehen, waren sie leichte Opfer für Missbrauch und Ausbeutung. Der Frachtindustrieverband Linava ist eine der einflussreichsten Lobbygruppen in Litauen, doch die öffentliche Empörung zwang ihn dazu, Änderungen bei der Art und Weise der Lohnzahlung zuzustimmen. Nach diesem Skandal konnte ein Gesetz durchgesetzt werden, das die Zahlung der Löhne auf das Bankkonto des Arbeitnehmers vorschreibt.

Die Situation im Straßentransportsektor hat sich durch den Krieg in der Ukraine dramatisch verändert, da ein Teil der ukrainischen Lkw-Fahrer in die Ukraine zurückkehrte, um im Krieg zu kämpfen, und Litauen im Jahr 2022 Beschränkungen für die Beschäftigung russischer Arbeitnehmer_innen einführte, sodass dem Sektor vorübergehend neue Arbeitskräfte fehlten. Die Interessengruppe der Branche begann, auf lockerere Regeln für die Arbeitsmigration zu drängen, insbesondere für den Frachtsektor.

BEDINGUNGEN UND KONTEXT FÜR DIE AKTIVITÄTEN DER GEWERKSCHAFTEN

Am 5. Mai 1995 wurde im Rahmen einer Vereinbarung über eine Dreiparteienpartnerschaft zwischen der Regierung der Republik Litauen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden der sogenannte Dreiparteienrat gegründet, um über soziale, wirtschaftliche und arbeitsrechtliche Fragen zu verhandeln und den sozialen Frieden zu fördern. Drei große nationale Gewerkschaften sind im Dreiparteienrat der Republik Litauen vertreten. In der Regel sind die Gewerkschaften im Dreiparteienrat jedoch in der Minderheit, da die Regierung dazu neigt, sich auf die Seite der Arbeitgeberverbände zu stellen. Der Dreiparteienrat legt Konsensmeinungen zu Themen wie Mindestlohn, Änderungen des Arbeitsgesetzbuchs und Gehältern für öffentliche Angestellte vor.

Gewerkschaften, insbesondere der litauische Gewerkschaftsbund LPSK, äußern sich zunehmend lautstark zu sozial- und wirtschaftspolitischen Themen, die manchmal außerhalb des traditionellen Tätigkeitsbereichs von Gewerkschaften liegen und in die Sozialpolitik übergehen. So übte sie beispielsweise im Jahr 2022 scharfe Kritik am derzeitigen privaten Rentensystem (der sogenannten »zweiten Säule«), das Geld vom staatlichen Sozialversicherungssystem an private Pensionsfonds überweist, und forderte dessen Reform.

Die staatliche Arbeitsaufsichtsbehörde überwacht Arbeitskonflikte und die Durchsetzung der Bestimmungen des Arbeitsgesetzbuchs. In den letzten Jahren verfolgt sie jedoch einen »Hands-off«-Ansatz und nutzt die im Arbeitsgesetzbuch vorgesehenen Instrumente (Geldbußen, Sanktionen usw.) kaum. Auf lokaler Ebene sind Gewerkschaften aktive Teilnehmer in Arbeitskommissionen, in denen Gewerkschaften und Arbeitnehmer_innen in der Regel eine beträchtliche Anzahl von Fällen gewinnen, in denen Arbeitsrechte verletzt wurden. Arbeitskommissionen gelten als eines der erfolgreichsten Instrumente für Arbeitnehmer_innen und Gewerkschaften, da sie überwiegend zugunsten der Arbeitnehmer_innen entscheiden (bis zu 80 %), insbesondere in Fällen, in denen es um die Vergütung und Löhne geht.

Gewöhnlich betragen die Gewerkschaftsbeiträge ein Prozent des Lohns/Einkommens der Arbeitnehmer_innen. Die Gewerkschaften können Einkünfte aus Vermögen und einem Teil der eingenommenen Einkommenssteuer erzielen (0,6 % der Einkommenssteuer können einer Gewerkschaft nach Wahl einer Person zugewiesen werden). Die Gewerkschaften bieten ihren Mitgliedern Rechtsbeistand bei arbeitsrechtlichen und ähnlichen Streitigkeiten. Die meisten Gewerkschaften sammeln Streikgelder, obwohl Streiks selten sind.

GEWERKSCHAFTEN IN LITAUEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Im 20. Jahrhundert war der Status der Gewerkschaften ständig instabil. Während der Ersten Republik von 1918 bis 1940 wur-

den Gewerkschaften als Nichtregierungsorganisationen anerkannt, Streiks und Tarifverhandlungen jedoch in den meisten Fällen nicht genehmigt. Während der autoritären Periode (1926–1940) wurden die Gewerkschaften schrittweise zentralisiert und unter staatliche Kontrolle gestellt (1936). Die Sowjetunion verwandelte die Gewerkschaften nach der Besetzung Litauens (1940 und 1944) in staatlich kontrollierte Regierungsorgane, die die Loyalität zur Kommunistischen Partei sicherten und Zugang zu verschiedenen Privilegien gewährten, z. B. zu verschiedenen begehrten Gütern wie Autos und besseren Unterkünften, Urlaubspaketen usw.

Während des Zusammenbruchs der Sowjetunion im Jahr 1990 wandelten sich viele der staatlich kontrollierten Gewerkschaften in »freie Gewerkschaften«. Sie verfügten über beträchtliche Vermögenswerte aus der Sowjetzeit. Mit der Privatisierung der Immobilien (Ferienhäuser, Hotels usw.) kam es zu zahlreichen Kontroversen, da dies als Bestechung empfunden wurde.

In den 1990er-Jahren brachen Teile der alten Industrie (hauptsächlich die verarbeitende Industrie) zusammen, da sie nicht mit westeuropäischen Produkten und den aufkommenden billigeren ostasiatischen Waren konkurrieren konnten. Die postsowjetische Wirtschaftsblockade durch die Sowjetunion (1990–1991), die Wirtschaftskrise und der Zahlungsausfall in Russland (1997) sowie die ständigen Banken Krisen destabilisierten die Wirtschaft und brachten die alte verarbeitende Industrie in Bedrängnis. Die meisten der alten Fertigungsindustrien hatten bedeutende Gewerkschaften, was zu einem dramatischen Rückgang der Gewerkschaftsbeteiligung führte.

Mit der Integration Litauens in die Europäische Union im Mai 2004 hat die litauische Regierung Arbeitsbedingungen und -standards auf das von der Europäischen Union geforderte Minimum gebracht.

Im Jahr 2016 wurde ein neues Sozialmodell eingeführt, das den Schwerpunkt auf Flexicurity (dänisches Modell) legt, die Besteuerung reformierte, Sozialversicherungsbeiträge auf die Arbeitnehmer übertrug und die Bezugsdauer und Höhe des Arbeitslosengeldes erhöhte. Das neue Arbeitsgesetzbuch war umstritten und unbeliebt, da es die Macht der Arbeitnehmer_innen und der Gewerkschaften einschränkte. Auf die Diskussionen über das neue Arbeitsgesetzbuch folgten Proteste von Gewerkschaften und linken Aktivisten.

Parallel dazu gab es neue Trends in der Gewerkschaftsorganisation. In den späten 2000er-Jahren gab es eine Welle sporadischer Organisation bei den zuvor nicht gewerkschaftlich organisierten Supermarkt- und Dienstleistungsangestellten, die eine Liga der Supermarktangestellten gründete. Mitte der 2010er-Jahre gab es aufgrund sinkender Löhne im öffentlichen Sektor neue Organisationsformen für Beschäftigte im öffentlichen Dienst (einige davon waren außerhalb der traditionellen Gewerkschaften organisiert – Ärzte-, Lehrerbewegung).

Lehrer sind die einzige organisierte Gruppe, die häufiger streikt und durch Arbeitskämpfmaßnahmen Ergebnisse er-

zielt. Der letzte Lehrerstreik fand Ende 2018 statt, als die militantere Lehrgewerkschaft Lietuvos Švietimo Darbuotojų Profesinė Sąjunga (litauische Bildungsarbeitergewerkschaft <https://lsdps.lt/>) einen Streik begann, der in der Gesellschaft breite Unterstützung fand.

Es gibt ein neues Phänomen, eine stärker politisierte linke Gewerkschaft *Gegužės Pirmosios Profesinė Sąjunga* (Gewerkschaft 1. Mai), die sich am IWW-Modell (Industrial Workers of the World) der gewerkschaftlichen Organisation orientiert. Sie erhält ständige Aufmerksamkeit, da sie Wanderarbeiter_innen (im Jahr 2019 gab es einen weithin publizierten Fall von türkischen Bauarbeiter_innen, die in Litauen gestrandet waren und ohne Lohn dastanden) und Arbeitnehmer_innen, die normalerweise nicht leicht zu organisieren sind, organisiert. Diese Gewerkschaft arbeitet derzeit daran, Essenskurier zu organisieren, die als Plattformarbeiter_innen gelten und nicht als Angestellte. Im Jahr 2021 gründeten die Lebensmittelkurier_innen mithilfe der Gewerkschaft »May 1st« eine Vereinigung, um für ihre Rechte zu verhandeln. Dies ist ein umstrittenes Thema für die Gewerkschaften, da sie zögern, Änderungen des Arbeitsgesetzbuchs zu unterstützen, die eine Art Zwischenform des Arbeitsvertrags schaffen könnten, die den Bedürfnissen der Gig-Economy-Arbeiter_innen entsprechen würde. Sie befürchten, dass dies dazu genutzt werden könnte, die Arbeitsbedingungen der Lohnarbeiter_innen zu verschlechtern.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

In Litauen ist in den letzten Jahren eine Zunahme gewerkschaftlicher Organisation zu beobachten. Seit 2018 ist zudem ein Aufwärtstrend bei den Gewerkschaftsmitgliedschaften zu verzeichnen. Allerdings hat die COVID-19-Pandemie diesen positiven Trend stark beeinträchtigt. Ende 2020 lag die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder bei 99 300. Diese Zahl stieg im Jahr 2021 um 22 Prozent auf 121 000 Gewerkschaftsmitglie-

der (Statistisches Amt). Da es keine Verbindlichkeit zur Meldung der Mitgliederzahlen gibt, sind keine aktuelleren Zahlen verfügbar. Dieser Anstieg spiegelt die schwerwiegenden Auswirkungen der Inflation, der Unterbrechungen der Lieferketten und der gestiegenen Unsicherheit über die Arbeitsbedingungen während der COVID-19-Pandemie wider.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist in Litauen mit 10 Prozent der Arbeitnehmer_innen niedrig. Es gibt Gewerkschaften auf nationaler Ebene, Branchengewerkschaften und Betriebsgewerkschaften. Derzeit gibt es drei anerkannte Gewerkschaften auf nationaler Ebene – den *Litauischen Gewerkschaftsbund*, *Solidarumas* und *Sandrauga*. Da nicht alle Gewerkschaften den nationalen Gewerkschaften angeschlossen sind, dominiert der *Litauische Gewerkschaftsbund* (LTSF; ~50 000 Mitglieder) und ist unter den Gewerkschaften am lautesten und sichtbarsten. Die Gewerkschaft *Solidarumas* versucht, auf regionaler Ebene zu organisieren und sich stadt- oder bezirkswest zu organisieren.

Die Gewerkschaften auf nationaler Ebene vertreten die Gewerkschaften auf dreigliedriger Ebene und betreiben Lobbyarbeit auf Regierungs- und Parlamentsebene. Der Dreiparteienrat muss Änderungen des Arbeitsrechts und bedeutenden sozialen und wirtschaftlichen Reformen zustimmen. Branchengewerkschaften bestehen als Zusammenschlüsse von Gewerkschaften, die sich für einen Tarifvertrag auf nationaler Ebene einsetzen. Diese wurden nach 2016 verhandelt und existieren nun im öffentlichen Sektor – Schulsystem, Hochschulbildung, Gesundheitswesen. Branchentarifverträge bieten in einigen Fällen zusätzliche Leistungen und bestimmte Abweichungen vom Arbeitsgesetzbuch, die zulässig sind, wenn ein Tarifvertrag besteht.

In letzter Zeit gab es einen Trend, dass bestimmte Branchengewerkschaften die Gewerkschaften auf nationaler Ebene verlassen haben, zum Beispiel die Litauische Transportgewerk-

Tabelle 1

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Litauen

Verbände	Vorsitzende_r/Stellvertreter_in	Mitglieder	Mitgliedschaft in Dachverband
Litauischer Gewerkschaftsbund (Lietuvos Profesinių Sąjungų konfederacija, LPSK, www.lpsk.lt)	Audrius Gelžinis (Interim)	50 047 (2023) Öffentlicher Sektor –54 % Verarbeitendes Gewerbe des Privatsektors –22 % Dienstleistungen des Privatsektors 24 %	ITUC, ETUC, ILO
Gewerkschaft Solidarumas (Profesinė sąjunga »Solidarumas«, www.solidarumas.lt)	Krupavičienė Kristina	~20 000 (2017)	ITUC, ETUC, BAS-TUN, PERC, EZA
Gewerkschaft Sandrauga (Profesinė sąjunga Sandrauga, www.sandrauga.lt)	Kęstutis Juknis	Nicht verfügbar, höchstens 5 000	CESI
Republikanische Vereinigte Gewerkschaft (www.profesinesajunga.lt)	Arvydas Dambrauskas	Nicht verfügbar, höchstens 5 000	CESI

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften¹

Verbände	Zugehörigkeit	Vorsitzender/ Stellvertreter	Mitglieder	Mitgliedschaft in internationalen Organisationen
Litauische Journalistenunion (Lietuvos Žurnalistų Sąjunga, www.lzs.lt)	LPSK	Egidijus Milešinas Audrius Jurgelevičius Ramūnas Znutas	10 000	EI, ETUCE
Regionale Gewerkschaftskonföderation (Regioninių profsąjungų konfederacija, www.rpf.lt)	LPSK	Audrius Gelžinis	8 035	European Federation of Food, Agriculture and Tourism Trade Unions, The International Union of Food, Agricultural, Hotel, Restaurant, Catering, Tobacco and Allied Workers' Associations
Litauische Gewerkschaft der Theater- und Konzerthallenangestellten (Lietuvos Teatrų ir koncertinių įstaigų darbuotojų profesinių sąjungų federacija, www.teatrops.lt)	LPSK	Aleksandras Posochovas	4 250	UNI
Litauische Industriearbeiter-Gewerkschaftsföderation (Lietuvos pramonės profesinių sąjungų federacija, LPPSF, www.pramprof.lt)	LPSK	Vorsitz-Loreta Soščekienė, Stellvertretung: Roma Katinienė, Darius Čekvičius, Vytautas Aleksandravičius, Rimantas Liepa, Artūras Černiauskas.	4 000	EPU, EUROCOP, EPSUS
Litauische Föderation der Landwirtschaftsarbeitengewerkschaften (Lithuanian Federation of Agricultural Workers' Trade Unions, www.rpf.lt)	LPSK	Dalia Jakutavičė; Jurga Subačiūtė-Žemaitienė	2 785	EPSU, PSI IndustriAll European Trade Union, PSI, ITUC
Litauische Dienstleistungssektor-Gewerkschaft (Lietuvos paslaugų sferos darbuotojų profesinė sąjunga, www.lpsdps.com)	LPSK	Regina Dvaržekytė	2 000	UNI
Litauische Gewerkschaft der Strafverfolgungsbeamten (Lietuvos teisėsaugos pareigūnų federacija, www.ltpf.lt)	LPSK	Diana Raitelaitienė Chair, Juozas Ūsas Deputy	1 700	European Federation of Building and Woodworkers (EFBWW), Building and Woodworker's international (BWI), IndustriALL Global Union
Litauische Bildungs- und Wissenschaftsgewerkschaft (Lietuvos švietimo ir mokslo profesinė sąjunga, LŠMPS, www.svietimo-profsajunga.lt)		Vladimir Banel	1 400	EuroCOP
Litauische Hochschulgewerkschaftsföderation (Lietuvos aukštųjų mokyklų profesinių sąjungų susivienijimas, www.lampss.lt)	LPSK	Raimondas Tamošauskas	k. A.	EFTAT, IUF, ICFTUETUC

¹ Sowohl Solidarumas als auch Sandrauga, Gewerkschaften auf nationaler Ebene, organisieren ihre Zweigstellen entweder nach Sektoren oder geografisch und stellen daher keine Informationen über die Zusammensetzung und die Anzahl ihrer Mitglieder oder internationale Mitgliedschaften zur Verfügung.

schaft, welche die LPSK verlassen hat. Dies ist manchmal auf persönliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Gewerkschaftsführung zurückzuführen.

Verbände	Zugehörigkeit	Vorsitzender/ Stellvertreter	Mitglieder	Mitgliedschaft in internationalen Organisationen
Litauische Pflegekräfteorganisation (Lietuvos slaugos specialistų organizacija, www.lso.lt)	LPSK	Rūta Kiršienė	k. A.	ICFTU, PSI, EPSU
Litauische Gesundheitsarbeiter-Gewerkschaft (Lietuvos sveikatos apsaugos darbuotojų profesinė sąjunga, www.lsadps.lt)	LPSK	Irena Petraitiienė Rima Kisieliienė Jonas Katinauskas Virginija Gražinienė	k. A.	EPSU, PSI
Nationale Föderation der Beamten- gewerkschaften (Nacionalinis pareigūnų profesinių sąjungų susivienijimas)	Indepen- dent	Andrius Navickas	k. A.	EI, ETUCE
Litauische Möbel- und Holzverarbeitungs- arbeiter-Gewerkschaft (Lietuvos baldų ir medžio apdirbimo įmonių darbuotojų profesinė sąjunga)	LPSK	Artūras Černiauskas	k. A.	ETF

Gewerkschaften auf Unternehmensebene sind sehr unterschiedlich – neuere Gewerkschaften können ohne nationale oder sektorale Zugehörigkeit agieren. In größeren Unternehmen und Institutionen gibt es in der Regel mehrere aktive Gewerkschaften, die manchmal miteinander konkurrieren oder gegeneinander ausgespielt werden.

ARBEITSBEDINGUNGEN FÜR GEWERKSCHAFTSAKTIVITÄTEN

Die Verfassung der Republik Litauen legt das Recht fest, sich frei in Gewerkschaften zusammenzuschließen, und besagt, dass die Verfolgung von Gewerkschaftsmitgliedern wegen ihres Zusammenschlusses gegen das Gesetz verstößt.

Derzeit regeln das Arbeitsgesetzbuch und das Gewerkschaftsgesetz die Rechte und Pflichten der Gewerkschaften. Das Arbeitsgesetzbuch wurde in den Jahren 2016 bis 2017 umfassend aktualisiert. Durch Änderungen des Arbeitsgesetzbuchs wurden Arbeitsverträge liberalisiert, flexible Arbeitsverträge (z. B. Gig-Economy-Jobs) zugelassen, Aussperrungen legalisiert, Betriebsräte in Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeiter_innen zur Pflicht gemacht und diese Betriebsräte als direkte Konkurrenz zu Gewerkschaften positioniert.

Mindestanforderungen für die Gründung einer Gewerkschaft sind drei Mitglieder in einem Unternehmen oder einer Organisation. In der Praxis erkennen Arbeitgeber in der Regel neu gegründete Gewerkschaften an.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Laut Gesetz orientieren sich die Gewerkschaften an ihren wirtschaftlichen und sozialen Zielen. Sie verhandeln auf lokaler Ebene über Löhne und Arbeitsbedingungen und auf Makroebene über sozioökonomische Fragen wie Mindestlohn sowie Löhne im öffentlichen Sektor und beteiligen sich an Verhandlungen auf regionaler Ebene, insbesondere Gewerkschaften

im Transportsektor, der etwa 10 Prozent der litauischen Wirtschaft ausmacht. Das Gesetz erlaubt es den Gewerkschaften nicht, explizit politische Ziele zu verfolgen, und Solidaritätsstreiks sind beispielsweise verboten. Die Gewerkschaften verhalten sich bei Fragen wie Mobbing und Belästigung am Arbeitsplatz relativ passiv, aber diese Themen werden immer wichtiger.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR POLITISCHES GEWICHT

Die Gewerkschaften werden in Litauen unterschiedlich angesehen. Die alten Branchengewerkschaften sind relativ stabil, haben aber mit sinkenden Mitgliederzahlen zu kämpfen. Früher wurden Gewerkschaften mit der Sowjetzeit in Verbindung gebracht und aufgrund der neoliberalen Haltung eines Großteils der Medien als Relikt der Vergangenheit dargestellt. Es findet jedoch ein allmählicher Wandel statt, da neue Berufsgruppen, die zuvor nicht organisiert waren, sich nun gewerkschaftlich zu organisieren beginnen. Dieser Trend zu mehr Akzeptanz von Gewerkschaften wird in gewisser Weise von der großen litauischen Migrantendiaspora in Ländern beeinflusst, in denen die Gewerkschaftsbewegung ein akzeptierter und respektierter Faktor ist, insbesondere in Skandinavien.

Gewerkschaften werden in Litauen unmissverständlich mit dem linken Spektrum in Verbindung gebracht. Bis 2016 wurden Gewerkschaftsführer in die Wahllisten der Litauischen Sozialdemokratischen Partei aufgenommen. Es gibt jedoch auch andere, entweder populistische oder nationalistische Parteien, die Gewerkschaftsführer in ihren Reihen hatten (viele Mitglieder der Gewerkschaft *Solidarumas* schließen sich rechtspopulistischen Parteien an). Christdemokratische Gewerkschaften existierten bis 2016, als *Lietuvos Darbo Federacija* (LDF, Litauischer Gewerkschaftsbund) zusammenbrach. Es gab Versuche, spezifisch religiöse Gewerkschaften (*Lietuvos Krikščionių Darbininkų Profesinė Sąjunga*, gegründet 2021) wiederzubeleben, die sich auf soziale Fragen im

Zusammenhang mit christlichen Überzeugungen konzentrieren, z. B. das Recht, eine Abtreibung im medizinischen Bereich abzulehnen.

Liberale Parteien (Freiheitspartei, Litauische Liberale Bewegung) stehen Gewerkschaften und gewerkschaftlicher Organisation offen feindlich gegenüber. Die Mitte-rechts-Partei *Vaterlandsunion TS-LKD* arbeitet nur mit bestimmten Gewerkschaften in den Bereichen Bildung und Gesundheit zusammen. Insgesamt sind die litauischen Sozialdemokraten nach wie vor die einzige Partei mit einer gewerkschaftsfreundlichen Haltung, während die konservative *Litauische Bauern- und Grünenunion* manchmal Unterstützung leistet, allerdings auf opportunistische Weise. Die Gewerkschaften haben einen nationalen Feiertag, den Internationalen Tag der Arbeit (1. Mai), der ein Bankfeiertag ist. Die rechtsgerichteten Parteien greifen diesen Feiertag wegen seiner Verbindung zur Sowjetzeit an. Der letzte Versuch, diesen Feiertag zu ersetzen, wurde 2022 unternommen, als die Partei *Liberale Bewegung* versuchte, diesen Tag als Feiertag abzuschaffen, aber nicht genügend Unterstützung von der Vaterlandsunion erhielt.

Dr. Laurynas Šedvydis, *Politologe, Institut für Geschichte, Vytautas Magnus Universität, Kaunas*

Adrians Daniels Bormanis, *FES Regionalbüro Riga*

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Europäische Union
und Nordamerika (EUN)
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Henrik Meyer, Referatsleiter EUN
FES-EUN@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.